

## Redebeitrag der Rote Hilfe e.V. OG München

Liebe Freund\*innen,

"Wir brauchen einen gemeinschaftlichen Widerstand."

Rund um den G20-Gipfel in Hamburg kam es zu vielerlei Einschränkungen des Versammlungsrechts, zur Einschränkung der Pressefreiheit und zu massiver Polizeigewalt. Im Nachgang folgte eine Welle der Repression gegenüber Demonstrierenden mit Hausdurchsuchungen, Strafverfahren und zum Teil hohen Haftstrafen. Die Gewalt-Exzesse der Cops gegenüber G20-Gegner\*innen hingegen bleiben weiterhin folgenlos und werden trotz zahlreicher veröffentlichter Videos negiert. Wie wir ja bereits vom ehemaligen Hamburger Bürgermeister und Möchtegern-Kanzler Olaf Scholz wissen: "Polizeigewalt hat es nicht gegeben."

Wir sind heute hier, um uns solidarisch mit den Angeklagten im Rondenbarg-Verfahren zu zeigen und den staatlichen Repressionsorganen gemeinsame Stärke entgegenzusetzen. Die Rondenbarg-Prozesse mit über 80 Angeklagten stellen ein bedeutsames Verfahren dar. Die Hamburger Staatsanwaltschaft will das Verfahren nutzen, um das Demonstrationsrecht weiter auszuhöhlen. Es ist Zeit, dass wir gemeinsam dagegen aktiv werden.

Am 3. Dezember 2020 startet nun in Hamburg das erste Verfahren im sogenannten „Rondenbarg-Komplex“ gegen fünf Jugendliche. Die Angeklagten gehören zu den ca. 200 Demonstrant\*innen, die am Morgen des 7. Juli 2017 in der Straße Rondenbarg in Hamburg-Bahrenfeld von einer Sondereinheit der Polizei ohne Vorwarnung angegriffen wurden, als sie auf dem Weg zu Blockadeaktionen waren. Bei diesem Angriff wurden zahlreiche Aktivist\*innen verletzt, elf von ihnen schwer. Die Aktivist\*innen, von denen etliche nach dem brutalen Einsatz im Krankenhaus behandelt werden mussten, sehen sich seither massiver staatlicher Repression ausgesetzt.

Den Angeklagten werden keine individuellen Straftaten vorgeworfen. Alleine die Anwesenheit der Aktivist\*innen vor Ort reiche - so das Konstrukt der Staatsanwaltschaft - aus, um sie mehr als drei Jahre später vor Gericht zu zerren – frei nach dem Motto „Wer mitläuft wird bestraft“.

Setzt sich die Staatsanwaltschaft mit einer solchen Rechtsauffassung durch, so kann zukünftig jede an einer Demonstration teilnehmende Person für vermeintliche Straftaten Einzelner verantwortlich gemacht werden.

Nun beginnt am 3. Dezember ein Pilotverfahren im Rondenbarg-Komplex vor dem Landgericht Hamburg. Als erstes nimmt man sich hier die fünf jüngsten Beschuldigten vor. Das ist natürlich sehr praktisch. Denn mit dem Verweis auf den Jugendschutz kann die Öffentlichkeit von dem Verfahren ausgeschlossen werden. Eine Begleitung durch solidarische Unterstützer\*innen und kritische Presse im Gerichtssaal soll hier unterbunden werden, damit ganz in Ruhe die Geschichte aus Sicht der Cops weiter erzählt werden kann. Daher ist es umso wichtiger, auf der Straße zu zeigen, dass wir genau hinsehen werden, was und wie in diesem Gerichtssaal verhandelt wird.

Für die Jugendlichen bedeutet der anstehende Prozess einen massiven Eingriff in ihre Lebensgestaltung und Perspektive. Einmal wöchentlich müssen die Genoss\*innen, die in verschiedenen Städten leben, ab Ende 2020 zu dutzenden Verhandlungstagen nach Hamburg fahren. Damit wird es über einen unabsehbar langen Zeitraum unmöglich, geregelte Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisse aufrecht zu erhalten. Zudem lastet ein enormer Druck auf ihnen, da in diesem Verfahren Maßstäbe gesetzt werden sollen. Es ist zu befürchten, dass die Urteile gegen die Jugendlichen die Untergrenze des Strafmaßes markieren werden.

Klar ist: Unsere Proteste für eine bessere Welt sollen kriminalisiert und unser Widerstand unterdrückt werden!

Dies werden wir nicht hinnehmen, denn unsere Kämpfe für eine solidarische Gesellschaft sind notwendig: ein untragbares Gesellschaftssystem globaler Ausbeutung und Unterdrückung, Rassismus und Sexismus, Nazi-Strukturen in Polizei und Militär und überall, Militarisierung, Klimakrise, Repression gegen antifaschistische und emanzipatorische Bewegungen und vieles mehr. Der Kriminalisierung unserer Proteste stellen wir uns gemeinschaftlich entgegen.

Lasst uns gemeinsam Solidarität mit den Betroffenen zeigen.  
Denn: Getroffen hat es Einzelne, gemeint sind wir alle!

Wenn Ihr könnt, fahrt zur bundesweiten Demonstration gegen Repression am 5. Dezember 2020 in Hamburg.